

08.07.2016

Die Schattenwelt hinter dem Rotlicht

Um Menschenhandel und Zwangsprostitution dreht es sich am Rande des Donaufests

Von Oliver Helmstädter

ULM - Bluttunge, verschüchterte Frauen, die so gut wie immer aus Südsteuropa kommen trifft Bernd Ziehfreund, der stellvertretende Leiter der Ulmer Kriminalpolizeiinspektion, regelmäßig an, wenn er die Bordelle der Stadt kontrolliert. Oder - wie jüngst - mit 20 schwer bewaffneten Polizisten eine Razzia durchführt. „Oft drängt sich der Verdacht auf, dass die Damen nichtfreiwillig hier sind“, sagt er bei der Podiumsdiskussion „Strich am Fluss - Menschenhandel und Zwangsprostitution entlang der Donau“ am Mittwochabend im Ulmer Stadthaus.

Das Bild, dass der Kriminaler von der regionalen Rotlichtszene zeichnet, ist erschreckend: Es gebe deutliche Hinweise, dass Frauen regelmäßig geschlagen werden und per Androhungen weiterer Gewalt gegen sie selbst oder ihre Familie in fernen Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Moldawien zur Prostitution gezwungen werden.

Konkrete Ermittlungsverfahren bleiben die Ausnahme

Trotz teilweise auf den ersten Blick eindeutiger Hinweise komme es sehr selten - nur in ein, bis zwei Fällen pro Jahr - zu einem konkreten Ermittlungsverfahren. Der Grund: die mutmaßlich betroffenen Frauen würden ihre Aussagen meist zurück ziehen.

Außerdem sei die Hemmschwelle gegenüber der Polizei groß, weil die Frauen - die selten ein Wort Deutsch sprechen - Sicherheitsapparate per se nie als Freund und Helfer wahrgenommen hätten. Juristisch stichhaltig

nachweisbar sei Zwangsprostitution in Ulm in der Vergangenheit so kaum gewesen.

Das Gewerbe habe in Ulm und Neu-Ulm viele Gesichter: Beileibe nicht in jedem Bordell werde der Zwang auf den ersten Blick offenbar. Oft wirke es auch so, dass die Frauen „weitestgehend selbstbestimmt“ ihrer Arbeit nachgehen.

Dies ändere aber nichts daran, dass große Teile der Ulm/Neu-Ulmer Rotlichtszene mit Akteuren des kriminellen Milieus durchsetzt seien. Ausbrüche von Gewalt inklusive: Die - bisher immer noch ungeklärten - Schusswechsel im Mai vergangenen Jahres zeigten, dass erhebliches „Gefährdungspotenzial“ vorhanden ist. „Es gibt in Ulm und Neu-Ulm Bordellchefs mit langen Vorstrafenregistern“, beklagt Ziehfreund. Und appelliert an die Gesetzgeber: „Manchmal habe ich das Gefühl, es ist schwieriger eine Pommessbude zu eröffnen als ein Bordell“, sagt Ziehfreund über den liberalen Umgang mit dem Thema Prostitution in Deutschland.

Helfen könnte seiner Meinung nach etwa eine „Zuverlässigkeitsprüfung“ des Betreibers, wie es auch in anderen Branchen üblich sei. Dies würde allerdings auch kein Licht auf die Zustände in Mini-Bordellen bringen. Denn so gut wie jenseits jeglicher staatlichen Kontrollmöglichkeiten laufe Prostitution in zahlreichen privaten „Terminwohnungen“ - wie sie etwa im Ulmer Universum Center gebe - ab. Eine etwaige Zuverlässigkeitsprüfung würde es zumindest Mitgliedern „rockerähnlicher Gruppierungen“ erschweren, mit

Prostitution Geld zu verdienen, was Ziehfreund nur begrüßen würde.

Mit im „Schutzbereich“ der Ulmer Polizeidirektion 30 vertretenen Gruppen sei die Banden-Dichte rund um Ulm größer als in jedem anderen Polizeigebiet Baden-Württembergs. Die Rocker, so Ziehfreund, würden das Rotlichtmilieu zwar nicht beherrschen, doch durchaus eine Rolle spielen und vereinzelt als Betreiber auftreten.

Doch ein Verbot erwiesenermaßen gewaltbereiter Gruppierungen

„Manchmal habe ich das Gefühl, es ist schwieriger eine Pommessbude zu eröffnen als ein Bordell“

sagt Bernd Ziehfreund, der stellvertretende Leiter der Ulmer Kriminalpolizeiinspektion, über den liberalen Umgang mit dem Thema Prostitution in Deutschland.

hätte nur kurzfristig Erfolg. Unter neuen Namen würden sich die Akteure bald wieder versammeln und weiter ihren fragwürdigen Geschäften nachgehen.

Aufgrund der günstigen Lage zwischen Stuttgart und München mit einem Einzugsgebiet bis in die Schweiz bietet Ulm nach Einschätzung von Ziehfreund gute Bedingungen für Prostitution. Dies sei nicht zuletzt an der jüngst erfolgten Eröffnung eines Großbetriebs im Donau-

tal zu erkennen.

Die Kommunalpolitik scheint zum Zuschauen verdammend: „Einige wenige Männer verdienen sich in Ulm eine goldene Nase auf Kosten vieler Frauen“, kritisiert Iris Mann, die Ulmer Sozialbürgermeisterin. „Das ist empörend.“ Sie wolle sich nicht damit abfinden, dass sich die Gesellschaft nicht wirklich über die Zustände im Rotlichtmilieu aufregt.

Um die Lage der etwa 200 Prostituierten, die sich in 24 bekannten Betrieben freieren anbieten, zumindest etwas zu verbessern fordern Kriminaldirektor Ziehfreund und Bürgermeisterin Mann eine Beratungsstelle sowie aufsuchende Sozialarbeit.

Ächtung nur über ein Verbot des „Sex-Kaufs“

Dass eine gesellschaftliche Ächtung sei nur über ein Verbot des „Sex-Kaufs“ zu erreichen ist, findet Lea Ackermann, die Gründerin von „Solidi“, einer Hilfsorganisation zur Betreuung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Einig sind sich sämtliche Diskussionssteilnehmer, dass auch die Prävention in Osteuropa wichtig sei. Der frühere Ulmer Kriminalpolizist Manfred Paulus, ein Mitglied des „Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution“ schritt jüngst voran, reiste nach Rumänien und informierte eine Woche lang in Schulen Jugendliche. Denn hinter dem Versprechen guter Arbeitsplätze und einer vermeintlich blendenden Zukunft donauabwärts in Deutschland könnten Menschenhändler lauern.